



Niederschrift

13. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. Juli 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 14 der Tagesordnung: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB)

Vorlage: 2025/0392/1

Punkt 14.1 der Tagesordnung: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB):

Der Weg ist das Ziel: Vorgaben für den Ganzttag als Prozess verstehen

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2025/0392/2

Punkt 14.2 der Tagesordnung: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB):

Hortstruktur erhalten

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2025/0392/3

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Schulausschuss sowie Anhörung der Ortschaftsräte Wettersbach, Wolfartsweier, Neureut, Grötzingen, Stupferich, Hohenwettersbach und Durlach das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem auf Basis des pädagogischen Konzepts, der Ferienbetreuung und des pädagogischen Raumprogramms im Endausbau zum Schuljahr 2036/37 in der Variante 1.

Die Umsetzung des bundesweiten Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 setzt eine auskömmliche und verlässliche Mitfinanzierung durch das Land voraus. Ohne diese bleibt der Kommune keine realistische Möglichkeit zur Umsetzung im vorhergesehenen Umfang und der vorhergesehenen Qualität.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (29 Ja, 14 Nein)

Änderungsantrag CDU: Mehrheitliche Ablehnung (20 Ja, 23 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Schulausschuss am 27. Juni 2025:

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass es hier eine Austauschvorlage gab, weil wir den Beschlusstext noch mal etwas verändert haben, und möchte zur Einleitung noch mal ein, zwei Worte sagen, um auch der Öffentlichkeit diesen etwas ungewöhnlichen Beschlusstext noch mal zu erläutern.

Wir haben es hier mit der Umsetzung einer Art Rechtsanspruch zu tun, die vom Bund über die Länder auf die Kommunen runtergegeben worden ist und die vorsieht, dass allen Eltern, die sich da rechtzeitig dazu entscheiden, ab dem Schuljahr 2026/2027 und beginnend zunächst mit dem ersten Schuljahr eine Zusage gegeben werden muss, im Rahmen ihrer Schulgeschichte, ein Ganztagsangebot vorzufinden und auch ein weitgehendes, abdeckendes Ferienbetreuungsangebot. Das erfordert dann auch einen finanziellen Beitrag der Eltern, ist also nicht umsonst. Und das Ganze muss konzeptionell aufgestellt werden, damit wir es mit den entsprechenden fachlichen Kriterien denn dann auch ausfüllen können. Die Eltern müssen auch ein Stück weit wissen, was wir fachlich vorhaben und auf was sie sich da einlassen. Wir haben es hier erlebt, dass es bisher noch keine abschließende Zusage gibt des Landes. Das Land hat hier Bundesmittel zu verteilen. Es ist aber von Anfang an klar gewesen, dass diese Bundesmittel nicht ausreichen werden, deswegen muss das Land hier auch noch Mittel dazu tun. Es ist bis heute unklar, wie das Land sich vor allem ab dem Jahr 2027 dann an den Betriebskosten der Umsetzung dieser vom Bund nach unten heruntergebrochenen neuen Aufgabe beteiligen wird. Das Land sichert uns zwar zu, für das Jahr 2026 Mittel zu haben, das Jahr 26 sind aber nur einige Monate.

Und spannend ist es natürlich auch, dass ich nicht ab dem September 2026 etwas anbieten kann, was ich dann zum Januar 2027 wieder abschaffe. Ich bin guter Hoffnung, dass wir in den Forderungen auch der drei kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg bis zum Ende des Jahres hier eine verbindliche Zusage bekommen, aber sie liegt eben noch nicht vor. Und da gibt es im Moment verschiedene Modelle, wie das aussehen könnte.

Das betrifft den Bereich der Betriebskosten. Es gibt noch den Bereich der Investitionskosten. Da hat das Land ja runtergebrochen auf die Kommunen, etwa 400 Millionen, ich runde jetzt sehr großzügig auf, 400 Millionen Euro in eine Verteilung gegeben. Allein auf dem ersten Zeitpunkt, wo man Anträge stellen konnte, lagen aber Anträge über 1,2 Milliarden auf dem Tisch. Dann gab es diese teilweise auch etwas missverständliche Losdiskussion. Und da sind wir natürlich alle erst einmal ganz froh, dass das Land sagt, die erforderlichen zusätzlichen 800 Millionen werden grundsätzlich bereitgestellt, sodass erst einmal alle Förderbescheide rausgehen können. Das verteilt sich auf vier oder fünf Jahre, sodass es jetzt auch kein einmaliges Erfordernis ist. Und dennoch ist jetzt schon deutlich, ich meine, wenn das Ganze im Herbst 26 losgeht, und die Fördermittel sind überhaupt erst im letzten Sommer beantragt, also konnte man erst im Frühjahr beantragen, und im Sommer gab es dann diese Entscheidung, dass auch viele Infrastrukturmaßnahmen noch nicht umgesetzt sein werden, wenn man beginnt. Aber da sind die grundsätzlichen Weichen erst einmal so ganz gut gestellt, dass das dann auch schrittweise funktionieren kann, anders eben als bei den Betriebskosten.

Jetzt, wie sollen wir Ihnen ein fachliches Konzept zur Zustimmung vorlegen, von dem wir selber wissen, dass wir es ohne eine ausreichende betriebliche Mitfinanzierung des Betriebs eigentlich gar nicht umsetzen können? Und unsere ganzen Spezialistinnen und Spezialisten haben dann sozusagen im Vollausbau ausgerechnet, dass wir es hier mit 50 Millionen zu tun haben. Nun haben wir schon eine hohe Prozentzahl von Kindern im Ganztagschulbetrieb. Also da kann ich auch noch einen Teil der jetzt durch andere Systeme entstehende Kosten gegenrechnen. Trotzdem ist es erst einmal ein Mehraufwand, den wir so in der mittelfristigen Finanzplanung nicht abbilden können und uns da völlig verheben würden, zumal wir auch ein Stück weit gar nicht wissen, wie viele Eltern dann überhaupt dieses Angebot in Anspruch nehmen.

Deswegen bitten wir Sie um die Zustimmung zu einem pädagogischen Konzept, das aus unserer Sicht alle Aspekte angemessen berücksichtigt. Wir bitten Sie im Grunde aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass je nach entsprechender Mitfinanzierung des Betriebs dieses Konzept nicht in der Qualität und auch nicht in dem Umfang von Anfang an umgesetzt werden können wird in der Erwartung, dass natürlich auch durch den politischen Druck, im Rahmen der Landtagswahl und der Eltern und der ersten Erfahrungen, es am Ende trotzdem dazu kommen wird. Insofern bieten wir Ihnen ein Ziel an, wir bieten Ihnen einen Weg an. Wir brauchen von Ihnen aber auch, dass Sie zumindest zur Kenntnis genommen haben, dass wir auf dem Weg möglicherweise ein Stück weit langsamer sind und dass wir auf dem Weg auch nicht immer die Qualität bieten können, die wir gerne fachlich umsetzen möchten. Ursprünglich haben wir dieses Thema Konnexitätsprinzip und auch so eine gewisse Trotzhaltung in dem Antrag, in dem Beschlusstext drin gehabt. Es gibt ein Gutachten, das durch die Stadt Stuttgart in Auftrag gegeben wurde, das allerdings noch nicht veröffentlicht ist, aus dem noch einmal bestätigt, wir wissen, bestätigt wird, dass die Kommune, selbst wenn sie keine Kröte hat im Geldbeutel, nicht einfach sagen kann, dann setzen wir einen Anspruch des Bundes nicht um, sondern wir müssen uns darauf einlassen, es umzusetzen. Wir müssen aber auch fairerweise sagen, dass es vielleicht am Anfang und auch auf der Strecke langsamer wird und dass es auch in der Qualität, bis diese Dinge grundsätzlich geklärt sind, auch Abstriche geben kann. Es wäre jetzt aber auch unfair gewesen, vor allem auch unseren Fachleuten gegenüber, zu sagen, macht mal ein Konzept, was die Mindestvoraussetzungen für Pädagogik und Ähnliches nicht erfüllt und wo hinter ihr gar nicht stehen könnt, was aber zu unserer Finanzlage passt. Und dann hätten wir auch ein paar weiße Blätter hier abstimmen können. Insofern müssen wir einfach hier an der Stelle einen etwas ungewöhnlichen Weg gehen, zu dem ich Sie aber herzlich auffordere. Und jetzt glaube ich, mit dieser Formulierung sind wir beiden Dingen gerecht geworden.

Jetzt gibt es dazu zwei Änderungsanträge. Zu unserer Antwort auf den Änderungsantrag, der sich mit den Horten befasst, will ich gar nichts sagen, sondern einfach darauf verweisen, auf unsere Stellungnahme. Zum anderen Antrag möchte ich gerne darauf verweisen, dass wir Ihnen hier im Moment noch nicht so eine ganz schlüssige Empfehlung abgeben können und wollen, ob Sie besser dem zustimmen oder ablehnen, weil mir teilweise nicht so ganz klar ist, aber das können die Antragsteller uns ja erklären, ob Sie jetzt sagen, das ist der richtige Prozess und das richtige Ziel. Dann deckt sich das weitestgehend mit dem, was ich Ihnen eben angekündigt habe. Oder ob Sie sagen, wir wollen uns da noch nicht festlegen, und es ist zwar der Weg und das Ziel, aber wir wollen uns auf das Ziel nicht festlegen. Das ist so, wie wenn ich in einen Flieger nach Rom steige und wenn ich dann über den Alpen merke, dass mir die Luft zu dünn wird, dann steige ich in den ICE nach Berlin. Das funktioniert eben nicht. Und deswegen brauchen wir hier eine Klarstellung. Dann

können Sie sich die Empfehlung der Stadtverwaltung auch gerne schon dazu denken. Das ist dann nicht mehr so sonderlich schwer. Das vielleicht noch einmal zur Einführung hier zu diesem Thema, und jetzt freue ich mich auf eine lebendige Diskussion.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Vielen Dank für die anspruchsvolle Vorlage. Wir freuen uns, dass wir mit der Umsetzung des bundesweiten Rechtsanspruchs nun konsequent vorangehen. Es geht um die zentrale Weichenstellung für ein zukunftsweisendes und qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungssystem von Schulkindern. Die Ganztagsbetreuung ist aber mehr als ein Betreuungssystem. Sie ist Voraussetzung für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, steht aber auch für mehr soziale Teilhabe und Inklusion, und sie ist der Schlüssel für mehr Bildungsgerechtigkeit. Durch die individuellere und intensivere Förderung kann Bildungserfolg so, längst überfällig, besser von familiärer Herkunft entkoppelt werden. Herkunft darf nicht über Zukunftschancen von Kindern entscheiden.

Heute wird es darum gehen, eine Grundsatzentscheidung zu fällen, die im Einklang mit den bildungs-, familien- und integrationspolitischen Zielen der Stadt steht. Wir sind davon überzeugt, dass Variante 1 einen guten Kompromiss zwischen dem pädagogischen Qualitätsanspruch und den Kosten bietet. Angesichts der Komplexität der Aufgabe ist es offensichtlich, dass es sich um einen sukzessiven, mehrstufigen und langfristigen Prozess handeln wird, der bis zur vollständigen Umsetzung Übergangsmaßnahmen und kontinuierliche Evaluation erfordern wird. Auf dem Weg zur heutigen Entscheidung wurden alle relevanten Akteur*innen beteiligt. Viele offene Fragen wie zur zukünftigen Infrastruktur wurden geklärt. Die Verwaltung hat überzeugend aufgezeigt, dass es trotz des bestehenden Handlungsbedarfs bereits jetzt rechtsanspruchserfüllende Strukturen gibt, auf die wir aufbauen können.

Wir müssen jetzt aber im Hinblick auf die Zielperspektive, Ganztags mit hohen Qualitätsstandards, unbedingt weitergehen, Schritt für Schritt. Die größte Herausforderung ist aktuell die ungeklärte finanzielle Förderung durch Landesmittel. Ohne eine ausreichende Finanzierung ist das ambitionierte Vorhaben zum Scheitern verurteilt. Wir stehen hier in einer besonderen Verantwortung. Im Hinblick auf mehr Chancengerechtigkeit muss das Versprechen auf eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung für alle Kinder gelten. Im Gegensatz zur CDU sehen wir deshalb tatsächlich die Not, die mit öffentlichen Mitteln finanzierte Doppelstruktur von Hort und Ganztagsgrundschulen abzuschaffen. Ansonsten würden wir damit die jetzige Betreuungssituation zementieren, mit dem Hort als exklusives Zusatzangebot für wenige Kinder bei einem hohen Einsatz an Personal. Den dringend benötigten Paradigmenwechsel zu mehr Bildungsgerechtigkeit würden wir damit ausbremsen. Wir gehen davon aus, dass wir bei der Umsetzung des Erstanpruchs schon auf einem guten Weg sind und dass die Verwaltung hier sehr gute Arbeit geleistet hat. Angesichts offener Fragen auf dem Ist-Zustand zu verharren, hieße Stagnation. Für ein aktives Gestaltenkönnen und eine strategische Weiterentwicklung brauchen wir eine verbindliche Festlegung auf die Zielvariante 1.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich fange vielleicht auch mit dem Positiven an, denn Sie hatten uns vorhin angesprochen. Wenn wir in den Flieger nach Rom steigen, dann fahren wir auch nach Rom, ganz sicher, das kann ich Ihnen so sagen. Denn im Endeffekt ist es ganz eindeutig auch, was in unserem Antrag steht. Im letzten Absatz steht ganz klar, vielmehr sollen die guten Vorgaben der Variante 1 in der Beschlussvorlage als Prozess oder als Ziel

verstanden werden, auf die sich der Ausbau der Ganztagesbetreuung auch zubewegen soll. Und bis dahin soll der Ist-Zustand..., das heißt aber in dem Fall nur, dass die Horte, die jetzt bestehen, auch an den Ganztagschulen bis dahin erhalten werden sollen, das ist das Einzige. Ich würde ganz klar sagen, dass wir jetzt auch schon ein hervorragendes Ganztagesbetreuungssystem haben, denn 70 Prozent, das ist hervorragend, 80 Prozent sogar, vielen Dank. Das ist schon etwas.

Uns hätte natürlich die erste Vorlage deutlich besser gefallen, in der Sie geschrieben haben, dass Bund und Land hier auch in der Verantwortung sind und dass sie hier auch ihrer Verantwortung absolut nicht gerecht werden. Aber es bringt überhaupt nichts, wenn wir jetzt ein System starr einfügen, und Frau Dr. Sardarabady, da komme ich gerade auf Sie dann. Sie haben ganz klar gesagt, Sie wollen Ganztage mit hoher Qualität. Und dann wollen Sie aber genau diese hohe Qualität in den Horten direkt abbauen. Das wollen Sie abbauen, denn dort haben wir noch eine höhere Qualität. Da verstehen wir einfach nicht, warum wir, wenn wir uns mit Ihnen auf diesen Weg begeben, und da sind wir gar nicht so weit weg, warum wir praktisch schon Fakten schaffen müssen, bevor wir überhaupt wissen, wo es hingehet. Wenn wir in diese Schulbauliste reingehen, da haben wir von 44 Schulen, haben wir bei 3 Stück stehen, dass im Prinzip die Bearbeitung wegen der Finanzen gestoppt wird. Bei 8 haben wir stehen, dass die Förderungen beantragt sind. Und bei 6 haben wir stehen, dass die Freigabe noch nicht erforderlich ist. Das heißt, wir haben weder die räumlichen Voraussetzungen, noch haben wir die personellen Voraussetzungen. Und deswegen ist es der falsche Weg, jetzt schon in so eine ganz klare Struktur zu gehen, dass wir praktisch die Struktur der Horte jetzt schon zerschlagen, bevor wir überhaupt wissen, was überhaupt weiter geht, was überhaupt weiter dann gefordert wird.

Dann haben wir natürlich noch dieses Damoklesschwert der Finanzen. 36 Millionen Euro stehen im Raum, von denen bis jetzt keine einzige im nächsten Doppelhaushalt ist. Deswegen, Herr Oberbürgermeister, da geht es nicht um die mittelfristige Planung, sondern wir müssen das kurzfristig - zumindest zu einem großen Teil - mit aufnehmen. Sicherlich keine 36 Millionen, weil wir schon ein paar haben, aber ich glaube, dass wir, wenn wir einerseits, und da sind wir auch uns einig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf flexibel weiter gestalten wollen, brauchen wir die Horte. Und auch dazu brauchen wir sie, um die Bildungsgerechtigkeit dann wirklich sukzessive einzuführen.

Stadträtin Uysal (SPD): Wir als SPD-Fraktion begrüßen die Vorlage und begrüßen auch das pädagogische Konzept, denn, wie meine Vorrednerin gesagt hat, Bildungsgerechtigkeit beginnt mit guter Betreuung, aber auch mit einem guten Ganztage, und zwar für alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Der bundesweite Rechtsanspruch ist wichtig und richtig, aber klar ist auch, wir hätten ihn gern sofort erfüllt. Nur die Realität ist eine andere. Der Bund gibt den Auftrag ohne das nötige Geld. Das ist eben nicht fair.

Trotzdem, was ist denn der Ist-Zustand? Wir in Karlsruhe fangen nicht bei Null an. 21 Grundschulen erfüllen den Rechtsanspruch jetzt schon, von 44. Wir haben Erfahrung, wir haben Strukturen, und wir haben den politischen Willen. Variante 1 ist für uns ein tragfähiger Kompromiss. Sie schafft den Spagat zwischen Qualität und Umsetzbarkeit. Und sie zeigt, wir wollen keine Betreuung Light. Wir wollen echte Förderung, wir wollen echte Bildung und echte Teilhabe. Darum, lieber Herr Hofmann, lieber Detlef, sagen wir auch ganz klar, wir sehen keinen Bedarf, die Hortstruktur dauerhaft parallel zum Ganztage zu erhalten. Denn zwei Systeme bedeuten für uns zwei Wege, zwei Standards, zwei Chancen, und das

ist nicht gerecht. Das sind auch zwei Finanzierungen. Wir wollen ein integriertes System mit multiprofessionellen Teams, verlässlicher Ferienbetreuung und kindgerechten Räumen. Ein System, das trägt, und zwar für alle.

Der Qualitätsanspruch muss hoch bleiben, lieber Detlef. Da hast du vollkommen Recht. Da sind wir, glaube ich, alle auf einem Hauptnenner. Es darf kein Sparmodell auf Rücken der Kinder werden. Doch dafür braucht es Konzepte, wie zum Beispiel Investitionen in Infrastruktur, in Personal, aber auch in ein tragfähiges Finanzkonzept. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen, gemeinsam auf allen Ebenen. Und wir wollen natürlich auch eine echte Rhythmisierung, um die Qualität aufrechtzuerhalten. Wir wissen, ohne das Land geht es nicht, ohne verbindliche Vereinbarungen auch nicht, lieber Herr Oberbürgermeister, Sie haben es auch eingangs gesagt. Aber wir dürfen jetzt nicht warten, bis alles perfekt ist, weil es ist nicht perfekt. Wir müssen jetzt anfangen, Schritt für Schritt. Und die Horte weiterhin aufrechtzuerhalten, würde heißen, dass wir das Ziel nicht forcieren. Wir wollen auf das Ziel hinarbeiten. Wir wissen, dass der Übergang eine große Herausforderung, Challenge sein wird für uns, aber wir müssen uns Schritt für Schritt dahinarbeiten. Deswegen werden wir die Anträge von der CDU ablehnen und begrüßen dieses Konzept.

Stadtrat Schnell (AfD): Seit dem 5. Juli 2021 haben wir das Thema jetzt in etlichen Ausschusssitzungen, Anhörungen, Ortschaftsräten durchgekaut. Im Ratsinformationssystem gibt es inzwischen über 70 Dokumente zum Thema. Basis ist das Ganztagsförderungsgesetz der seinerzeitigen Bundesregierung vom Oktober 2021. Eine hehre Idee, allen Eltern, die eine Ganztagsbetreuung für ihre Kinder im Grundschulalter wünschen, sollte diese auch angeboten werden können. Zuständig für diese Aufgabe sind aber die Kommunen, also auch wir hier in Karlsruhe. So machte sich unsere Verwaltung ans Werk und entwarf mit viel Arbeit, die wir wirklich anerkennen, die uns nun heute präsentierte Vorlage mit drei Varianten. Die teuerste davon, schlicht Zielperspektive genannt, liegt mit Kosten von über 70 Millionen im Schuljahr 26/27 völlig außerhalb der finanziellen Möglichkeiten unseres klammen Haushaltes, in dem bislang für diesen Posten gerade mal 21 Millionen eingeplant sind. Finanziell nicht substanziell besser ist die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante 1, für das Betreuungsangebot mit Kosten von über 52 Millionen, das heißt Zusatzkosten von 31 Millionen Euro.

Denn eines haben Bund und Land bei der uns aufgedrückten Aufgabe wohlweislich vergessen, die adäquate finanzielle Ausstattung der Kommunen, um dies überhaupt leisten zu können, ein klarer Verstoß gegen das von unserer Ersten Bürgermeisterin zu Recht oft zitierte Konnexitätsprinzip, ein Grundsatz im deutschen Staatsrecht, der besagt, dass die finanzielle Verantwortung für eine öffentliche Aufgabe bei der Stelle liegt, die über die Erfüllung dieser Aufgabe entscheidet. Aber da ist aus Berlin nicht viel zu erwarten. Laut heutigen Medienmeldungen fehlen Herrn Klingbeil bis 2029 satte 172 Milliarden im Haushalt. Und um das Bild des Fliegers nach Rom zu bemühen, wenn wir nicht genügend Kerosin vor dem Start tanken können, kommen wir im Zweifelsfall noch nicht mal über die Alpen. Einfach drauf loszufliegen, riskiert einen Absturz.

Zusätzlich ist anzumerken, dass die zweite Säule des Konzeptes, genannt Halbtagsgrundschule und modulares System, nicht die Flexibilität in der Betreuung bietet, wie es die durch die zukünftig ersetzten Horte bieten. Denn bei weitem nicht alle Eltern wollen ihre Kinder den ganzen Tag in der Schule wissen, sondern ziehen es vor, ihre Kinder weitgehend in Eigenverantwortung großzuziehen. Sie sehen somit keinen Bedarf für diese Art von

Zwangsbeglückung. Aus diesen Gründen lehnen wir da die Vorlage ab. Dagegen stimmen wir den Änderungsanträgen der CDU, die den Status quo gerade bezüglich der Horte erhalten wollen, zu.

Stadträtin Geißinger (Vlt): Erst einmal vielen Dank für die Vorredner. Ich glaube, es wurde schon einiges genannt. Ehrlich gesagt, es gab auch wirklich viel zu diskutieren. Es ist ein komplexes Thema. Es wurde sehr oft vorberaten, und wir sind irgendwann mittendrin eingestiegen. Deswegen erst einmal danke auch an die Beteiligten, auch danke an das Schulamt, das noch einmal einen Termin möglich gemacht hat, zu den doch immer noch vorkommenden Fragen, letztes Mal. Ehrlich gesagt gab es auch viele Abkürzungen, MOS, GaFöG, SKiBB, SBBZ, und es war extrem verwirrend. Das muss ich an der Stelle wirklich mal sagen. Aber es war auch Zeit, sich alle Optionen durchzusehen. Was ist wirklich die beste Option? Was bringt wem was? Wen bevorzugen wir? Wie schaffen wir Gleichheit? Was können wir tatsächlich umsetzen? Was für Gegebenheiten haben wir in der Stadt? Und wir haben sogar auch überlegt, wir können es vielleicht sogar noch mal schieben, bis wir Klarheit über die Finanzen haben. Aber das können wir halt nicht, der Umsetzungsanspruch sehr bald naht.

Wir müssen irgendein Konzept haben, wie es weitergeht. Wir brauchen eine Aussage für die Kinder, für die Eltern, für das Personal, für die Stadt, für eigentlich jeden, wie es jetzt weitergeht. Dafür müssen wir heute entscheiden, was wir konkret wollen, vor allem, dass auch die Standortgespräche, die immer noch stattfinden, um die ganz konkrete Umsetzung im Detail für jeden Standort zu klären, sinnvoll auch über die nächsten Wochen zutrage kommen können. Schlussendlich haben wir die Entscheidung getroffen, die Vorlage der Verwaltung mitzutragen, und damit auch die Horte nicht zu erhalten. Dazu möchte ich kurz noch sagen, warum, weil wir es auch mal überlegt hatten. Die ursprüngliche Variante hat vorgesehen, einen sehr cleanen Cut zu machen. Dadurch werden natürlich sehr viele jetzige Hortkinder einfach aus ihrem Umfeld gerissen. Das sieht die aktuelle Vorlage nicht mehr vor. Es wird auslaufen gelassen, sodass nach und nach das neue System umgesetzt werden kann. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Bürgerinnen, ob groß, klein oder aus welcher Schicht, in Karlsruhe, eine gute Bildung, eine Betreuung und ein gutes Leben genießen können. Eine Schule für alle schafft Gemeinschaft und Bildungsgerechtigkeit, die wir ganz dringend brauchen.

Außerdem muss man auch an der Stelle sagen, wir hatten es zum Thema Finanzen schon, der langfristige Weiterbestand von Horten, damit erhalten wir teure Doppelstrukturen, und zwar nicht nur in der sowieso ungeklärten Förderung der Horte ab 2026, sondern auch organisatorisch. Das ist ein riesiger Verwaltungsakt, den wir uns auferlegen würden für etwas, das wir am Ende nicht unterstützen möchten. Trotzdem vielen lieben Dank an alle, die sich eingesetzt haben, ihre Stimme laut gemacht haben, so funktioniert Demokratie, und ich bin gespannt, wie es jetzt abgestimmt wird.

Stadtrat Noé (FDP/FW): Auch wir haben es uns in der Diskussion nicht leicht gemacht. Ein Mammutprojekt geht auf die Zielgerade und der Dank gilt ausdrücklich den Experten, die dieses Thema vorangetragen haben. Frau Wagner hat es durch die verschiedenen Ortschaftsräte getragen, in allen Gruppen Fragen ausführlich formuliert. Und ich glaube, eins ist klar, Ziel ist eine verlässliche und qualitativ hochwertige pädagogische Betreuung unserer Grundschul Kinder bei dem gleichzeitigen Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung. Das Projekt ist eben ein weiteres, es ist schon angeklungen, aber ich muss es auch noch

einmal sagen, ein weiteres auf der langen Liste an Aufgaben, die den Kommunen einfach aufgebürdet wird, ohne die nötigen Mittel zur Finanzierung bereitzustellen. Das Konnexitätsprinzip, ganz klar, ist Stand heute erneut verletzt. Die aktuelle Tischvorlage formuliert es jetzt auch immer noch deutlich. Ohne auskömmliche und verlässliche Mitfinanzierung durch das Land, bleibt uns als Kommune keine realistische Möglichkeit zur Umsetzung im zu Recht geforderten Umfang und Qualität. Wir müssen uns heute auf den Weg machen, das ist richtig. Denn ein qualitativ hochwertiges Angebot für die pädagogische Betreuung ist der Schlüssel zur Bildungsgerechtigkeit.

Auch möchten wir weiterhin eine möglichst flexible Wahlmöglichkeit der Betreuungsform für die Eltern erhalten. In einigen Stadtteilen sind wir dabei schon deutlich weiter als in anderen, weil man sich rechtzeitig auf den Weg gemacht hat. Durlach ist schon heute nahezu optimal versorgt in der Betreuung der Schülerinnen und Schüler im Ganzttag. Dort ist es jetzt auch schon möglich, den Hort inklusive des Personals nahtlos in das neue Konzept zu überführen, aber das ist leider nicht in allen anderen Stadtteilen möglich. Und deswegen haben wir die ähnlichen Bedenken, wie wir es auch bei der CDU sehen. Es fehlen nach wie vor Räumlichkeiten, Eltern verlieren an Flexibilität. Auch wenn wir anerkennen, dass die Verwaltungsvorlage mittelfristig der richtige Weg ist, wird sich unsere Fraktion heute den Änderungsanträgen der CDU anschließen.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Für uns als Linke ist die Schaffung eines flächendeckenden, offenen und an den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler ausgerichteten Angebotes von Ganztageschulen und Betreuung zentraler Ausgangspunkt von emanzipatorischer Bildungspolitik. Es hilft Eltern, die arbeiten gehen, ihre Kinder gut untergebracht zu wissen. Es hilft natürlich auch den Kindern über den Schulunterricht hinaus und unabhängig von den Möglichkeiten, die ihnen das Elternhaus bietet, Förderung zu bekommen, soziale Gemeinschaft zu erfahren und verschiedenste Bildungsangebote wahrnehmen zu können. All das wird unserer Meinung nach mit dem Konzept abgedeckt. Obwohl wir natürlich in Karlsruhe schon recht weit sind, was das angeht, es wurde bereits gesagt, ist es richtig, dass wir den Weg weitergehen müssen und den Weg, der in Variante 1 beschrieben ist, beginnen.

Doch der Ganzttag wird nur erfolgreich sein, wenn er den Qualitätscheck besteht. Das heißt, für alle Kinder, egal ob auf der Halbtagschule oder im modularen System oder im Ganzttag, brauchen wir gleich gute Standards. Genauso kann das nicht gehen ohne gutes und ausreichendes Personal, und das ist gerade der große Knackpunkt für uns. Bis 2030 werden in Deutschland mehr als 100.000 Lehrkräfte und unzählige Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe fehlen. Viele in der Ganztagesförderung Beschäftigten sind bereits jetzt völlig am Limit. Um das irgendwie anzugehen, brauchen wir natürlich die entsprechenden Investitionen. Obwohl die Gewährleistung eines flächendeckenden Ganztageschulangebotes eigentlich Aufgabe von Bund und Ländern ist, haben wir hier wieder ein fatales Beispiel dafür, wie sehr die Kommunen im Unklaren gelassen werden, was die Finanzierung angeht und wieder einmal das Konnexitätsprinzip verletzt wurde. Vor diesem Hintergrund des Finanzierungsvorbehalts und weil es verständlicherweise auch noch einige Unschärfen in diesem Konzept gibt, was wir bereits gehört haben, wie beispielsweise auch die zukünftigen Beitragshöhen, die noch nicht richtig auch kalkuliert werden konnten, müssen wir wirklich aufpassen, dass es einen geordneten und abgestimmten Übergang gibt. Deswegen fordern wir hiermit, dass alle konkreten Umsetzungsschritte des

Schulkindsbetreuungssystem dann auch noch einmal im Gemeinderat behandelt werden müssen und hoffen, dass dem auch stattgegeben wird.

Die Beweggründe von dem Änderungsantrag der CDU können wir nachvollziehen. Wir glauben aber, dass es jetzt keinen Sinn macht, hier noch einmal den Stopper reinzusetzen sozusagen, und denken, dass diese ganzen Fragen, die die Übergänge von parallelen Strukturen und so weiter angehen, dass diese dann geklärt werden müssen, wenn wir über die wirklich konkreten Umsetzungsschritte und auch die konkrete Ausgestaltung an jeder Schule dann vor Ort sprechen.

Stadträtin Döring (KAL): Zunächst möchte ich auch meinen Dank an alle Beteiligten aussprechen, die an der Erarbeitung dieses Konzepts mitgewirkt haben. Man merkt diesem Konzept wirklich an, dass viele Perspektiven eingeflossen sind, um diesen gesetzlichen Ganztagsanspruch umzusetzen, und dass dieses Konzept versucht, die Qualitäten, die wir in der Hortbetreuung haben und die Qualitäten, die das Schulsystem mitbringt, miteinander zu verbinden. Vor allem soll mit diesem Konzept ein Lebensraum für Kinder geschaffen werden. Denn die meisten Kinder verbringen einen Großteil ihrer Wachstunden in der Schule und der anschließenden Betreuung. Ich denke, das dürfen wir hier auf keinen Fall vergessen.

Deshalb freut es mich auch besonders, dass der Inklusionsgedanke in diesem Konzept sehr präsent ist, vom benötigten Personal bis hin zu den Raumkonzepten. Positiv sehen wir weiterhin, dass der angestrebte Personalschlüssel dem der Horte angeglichen werden soll, und dass es auch für alle Kinder, ob sie jetzt in den Ganztags gehen oder nicht, zukünftig ein Mittagessen angeboten werden soll, zumindest im Konzept. Denn viel Gutes, viel Licht, aber da ist auch ein bisschen Schatten, denn es ist jetzt schon klar, dass wir mehr Personal brauchen werden. Es ist jetzt schon klar, dass sich das Raumkonzept an kaum einer Schule ad hoc umsetzen lässt. Allein bis alle Schulen die notwendigen Mensen bekommen, um tatsächlich allen Schüler*innen ein Mittagessen anzubieten, wird es noch Jahre dauern, von den notwendigen Ruhe- und Bewegungsräumen, um überall eine umfassende Inklusion zu ermöglichen, ganz zu schweigen.

Wie die Umsetzung des Ganztags an den sozialpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, den SBBZ, gestaltet werden soll, ist komplett unklar aktuell. Und vor allem ist noch völlig unklar, wie das alles finanziert werden soll. Wir haben es schon gehört. Das Land hält sich hier, sagen wir mal, bedeckt. Es gibt hier also noch einige Unschärfen, und die verunsichern vor allem Eltern und offensichtlich auch noch Teile der Mitarbeitenden in den Horten. Denn wie es genau weitergeht an meiner Schule, in meinem Hort, mit der Lebensumgebung meines Kindes, ist für viele Beteiligte noch unklar. Ich bin selbst Mutter, mein jüngstes Kind geht auch noch in den Hort, und deshalb kann ich diese Unsicherheiten sehr gut nachvollziehen und diese vielen Fragen, die sich die Menschen stellen. Und genau deshalb denke ich, dass es heute wichtig ist, dass wir dieses Konzept verabschieden, trotz aller Unschärfen, damit sich das Schul- und Sportamt mit den Schulen und den Horten, den Eltern, auf den Weg machen kann, und damit wir diese wichtige Kommunikation mit den Eltern und mit den pädagogischen Mitarbeitenden starten können, damit wir im Umsetzungsprozess sehen, wo wir nachjustieren müssen, und dass wir das auch als Gemeinderat können. Denn viele Fragen werden wir erst beantwortet bekommen, wenn wir konkrete Zahlen haben. Wie viele Kinder werden für welches Angebot angemeldet? Was bekommt die Stadt Karlsruhe eigentlich an Finanzierung?

Und für uns ist wichtig, wir wollen eine gute Betreuungs- und Bildungsstruktur nicht verschlechtern. Vielmehr wollen wir beispielsweise an den Ganztagschulen die Situation auch verbessern. Auch das dürfen wir nicht vergessen. Ich möchte noch kurz zum CDU-Antrag sagen, genau wegen der Unschärfen und weil wir die auch innerhalb unserer Fraktion unterschiedlich einschätzen, werden wir hier unterschiedlich abstimmen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich würde gerne das Bild anders formulieren, und zwar dieses Bild vom Flugzeug würde ich eher wie eine Busfahrt beschreiben. Wir fahren von Karlsruhe nach Rom und dann kann es sein, dass wir vielleicht über Basel fahren oder wir fahren über Innsbruck oder wie auch immer. Aber wir werden an das Ziel kommen. Also vom Ziel her sind wir uns einig. Da gibt es das Lob tatsächlich auch von mir. Das Lob ist das, ich hätte nicht geglaubt, dass die Verwaltung das schafft, bis heute so ein Konzept vorzulegen. Das Konzept ist hervorragend, und das ist aller Ehren wert.

Jetzt aber, diese Unschärfen sind angesprochen worden, und die können wir nicht wegdiskutieren. Deswegen hier zum CDU-Antrag, die Unschärfe ist die Frage der Räumlichkeiten. Was passiert, wenn wir jetzt sagen, wir lösen die Horte auf, und in der entsprechenden Schule sind gar keine Räumlichkeiten da? Dann haben wir eine Verschlechterung deutlich. Deswegen, ich verstehe den CDU-Antrag so, dass es nur darum geht, dort wo die Räumlichkeiten nicht da sind, dass man dort eben den Hort belässt. Es geht darum, diese Struktur zu belassen, bevor man etwas zerschlägt, und nachher geht es nicht weiter, und das ist eine tatsächliche Verschlechterung. Das Ziel noch einmal, Variante 1, eindeutig. Ich werde auf jeden Fall dem CDU-Vorschlag zustimmen, aber auch der Beschlussvorlage zustimmen, sowohl als auch.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Liebe Kolleg*innen der CDU-Fraktion, den Kurs, den Sie heute einschlagen, der ist nicht neu, mit Ihren beiden Initiativen. Der hat sich lange angekündigt. Letztes Jahr im Wahlkampf sind Sie nach vorne geritten, mit dem eisernen Versprechen und großen Plakaten, dass Sie die Horte im Stadtgebiet nicht abbauen wollen und das verhindern werden. Und heute müssen Sie dieses Versprechen halt auch einlösen. Das tun Sie in einer ganz seltsamen Art, nämlich in einer überstürzten Hals-über-Kopf-Aktion über Nacht mit zwei Änderungsanträgen. Das wirkt jetzt alles nicht so zielstrebig und in den Flieger, Bus, Lastenrad, was auch immer, steigen wir nicht ein.

Die fehlende Strategie, die zeigt sich auch schon an Ihrem Vorgehen, wenn man die Widersprüchlichkeit in den zugrunde liegenden Anträgen anschaut. Auf der einen Seite fordern Sie die Stadtverwaltung auf, den Ausbau der Ganztagsstrukturen zu forcieren, also in anderen Worten, Prioritäten zu setzen, um dann in einem anderen Änderungsantrag die gleiche Stadtverwaltung damit zu beauftragen, genau das Gegenteil zu tun, nämlich eine Doppelstruktur. Die Horte wollen Sie fortsetzen, neben dem schulischen Ganztags, und gleichzeitig auch zwei Ämter der Stadtverwaltung mit der Verwaltung dieser Doppelstruktur beschäftigen. Das ist halt einfach das Gegenteil von strategischer Planung. Das ist vor allem teurer und personalintensiver, bildungspolitischer Stillstand, und im Übrigen hat das mit Bildungsgerechtigkeit überhaupt nichts zu tun. Wir kommen da keinen Schritt weiter.

Im Übrigen, wir zerschlagen auch keine Horte, und wir schmeißen auch keine Kinder über Nacht raus, sondern sie werden schrittweise, jahrgangswise abgebaut und in SKiBB überführt. Kein Kind, das heute in einem Hort ist, wird übermorgen da rausfliegen. Jedes Kind

kann seine Grundschulkarriere in dem Hort fertigstellen. Und umso bemerkender ist es, dass Sie in der Begründung Ihres Antrags ausgerechnet dann auf die klamme Haushaltslage der Stadt eingehen, wo der Weiterbetrieb der Horte doch im Gegenteil ganz absehbar immense Mehrkosten im städtischen Haushalt auflösen würde. Vielleicht ist auch deswegen das die Lösung dafür, warum die Anträge so spät kamen, weil Ihnen eine sehr gut verbundene Finanzdezernentin bis zum Schluss versucht hat, diese vorgezogenen Haushaltsanträge auszureden, leider ohne Erfolg. Das ist nur eine Mutmaßung. Des Weiteren beklagen Sie auch in dem Antragstext, dass es fehlende personelle und finanzielle Voraussetzungen bei der Umsetzung dieses Ganztagsangebots gibt. Aber mit Ihrem Vorstoß sorgen Sie dafür, dass genau diese Ressourcen, die so nötig für den Ausbau gebraucht werden, weiterhin für die Hortbetreuung gebunden sind, um es mal ein bisschen versöhnlicher zu fassen. Sie waren ganz nah dran, wirklich eine unterstützungswerte Initiative hier vorzuweisen, weil Sie weisen in Ihren Anträgen völlig zu Recht darauf hin, dass das größte Versäumnis bisher das ist, dass die Ausgestaltung des schulischen Ganztags vor allem deswegen so massive Vorbehalte bei den Eltern auslöst, weil die Koordination in den Tandems zwischen Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften in der Qualität einfach nicht mithalten kann.

Lassen Sie uns doch da dran mal gemeinsam arbeiten. Das wäre doch was, was wir gemeinsam mit der Landesseite angehen müssten, und da hätten Sie auch uns an Ihrer Seite. Aber diesen Stillstand, den machen wir nicht mit. In den Flieger müssen Sie leider auf dem bildungspolitischen Irrweg selbst allein einsteigen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die ganzen Wortmeldungen und Wortbeiträge der Kolleginnen und Kollegen zeigen noch einmal diese Problematik auf, in der wir uns befinden, dass vieles noch nicht geklärt ist, ob das jetzt die finanzielle Seite ist, von der baulichen, und so weiter. Und deswegen darf ich gerne auch Herrn Bauer noch einmal mitgeben, dass wir uns hier sehr konstruktiv einbringen in diesen Prozess, und nicht erst seit gestern. Der Änderungsantrag war letzte Woche im Hauptausschuss schon angekündigt, oder vor zwei Wochen. Wir haben auch schon in der Vergangenheit ähnliche Anträge eingebracht bzw. immer wieder in den Diskussionen genau dieses Thema aufgebracht, weil wir hier eine Diskrepanz sehen. Im Endeffekt bestätigt jeder mit seinem Wortbeitrag, dass es so viele ungeklärte Punkte gibt, und keiner ist vollumfänglich zufrieden mit der Situation. Von der finanziellen Seite ganz angefangen, die Variante 1 würde für uns als Stadt zusätzliche Mittel von über 30 Millionen bedeuten. Die haben wir im Haushalt noch gar nicht eingestellt. Ist Ihnen das eigentlich auch bewusst? Also so ganz einfach umzusetzen wird dieses Konzept leider nicht sein.

Ich möchte aber Ihnen doch einfach noch einmal gerne mitgeben und ganz klar ausführen, dass ich schon etwas verwundert bin, wenn Kollegin Sardarabady vom Hort als exklusives Zusatzangebot spricht. Das hört sich so elitär an. Nein, der Hort ist eine Einrichtung der Jugendhilfe, und er ist vor allem eine sehr wertvolle, für die Familien eine sehr geschätzte. Im Hort findet sehr wohl auch eine Bildungsgerechtigkeit statt. Sie tun hier immer so, als kann nur eine Ganztagschule Bildungsgerechtigkeit herstellen, und das ist eben nicht der Fall. Dadurch, dass wir die Situation haben, dass wir baulich gar nicht das Ganze umgesetzt bekommen bis zum nächsten Schuljahr, bedeutet es, dass mindestens ein ganzer Jahrgang nicht in den Genuss des Rechtsanspruchs kommen würde, wenn wir parallel damit anfangen, die Horte auslaufen zu lassen. Ist Ihnen das überhaupt bewusst? Bildungsgerechtigkeit ist es nicht, wenn wir durch die unterschiedlichen Situationen in den Stadtteilen die Situation haben, dass der Wohnort entscheidet, wer die bessere Betreuungsmöglichkeit hat und

wer die schlechtere. Also wir sehen das schon sehr differenziert, und wir versuchen wirklich, auch den Elternwillen noch einmal reinzubringen. Sie sind auch alle angesprochen worden, vom Gesamtelternbeirat, von den ganzen Zusammenschlüssen der Eltern, Initiativen privater Art, die hier ganz vehement fordern, dass der Hort erhalten bleibt, weil er wirklich ein ganz wichtiges Angebot ist. Solange wir nicht den Ganztagsbetrieb insgesamt umsetzen können, beantragen wir, dass wir an den Horten festhalten, bis diese ganzen offenen Punkte geklärt sind.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Jetzt haben wir das, wovon die Betroffenen am wenigsten haben, eine ideologische Diskussion. Wir vonseiten der SPD stehen zu diesem Konzept, und am Ende des Tages muss man springen. Das heißt, man muss einen Weg gehen, indem man diesen Rechtsanspruch, den der Gesetzgeber auf den Weg gebracht hat, umsetzt. Das entbindet uns nicht davon, auch das Land in die Verantwortung zu nehmen. Letztendlich, wenn das Land den Dialog verweigert, und so haben wir die Diskussionen in den entsprechenden Ausschüssen wahrgenommen, dass beispielsweise kein Gesprächskreis, kein Runder Tisch mit dem RP und anderen Gremien bislang eingerichtet wurde, um diese finanziellen, strukturellen Themen aufzugreifen, dann ist unsere Erwartung auch im Sinne eines Vertrauensvorschlusses gegenüber der Verwaltung und auch im Interesse der Elternschaft, dass vonseiten der Verwaltung auch auf das Land, wenn es auch sein muss, massiver zugegangen wird. Wir erwarten, dass die Eltern im Sinne einer Verlässlichkeit bis zum Frühjahr nächsten Jahres eine klare Aussage haben, wohin die Reise geht. Wir vertrauen der Verwaltung und gehen auch diesen Weg mit, in dem Vertrauen darauf, dass dieser Weg, der eingeschlagen wird, das Modell, das vorgeschlagen wird, auch realisiert werden kann.

Das sind für uns Grundvoraussetzungen, die erfüllt werden müssen, auf allen Seiten, und auch um dem Elternwunsch gerecht zu werden. Und zu den Ausführungen der Bildungsgerechtigkeit, der Hort kommt aus der Jugendhilfe, aber hat mittlerweile einen komplett anderen Charakter bekommen. Wenn ich mir die Hort-Biografie meiner eigenen Kinder ansehe, vor 27 Jahren hatten wir eine gewisse soziale Durchmischung an den Horten. Mittlerweile ist es so, dass es eine Ganztagesbetreuung des Bildungsbürgertums ist. Es ist leider so geworden, trotz einer anderen Historie. Und der Ganztage bietet genau die Chance, Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, aber nur dann, wenn wir gute Strukturen aufbauen, gute pädagogische Konzepte anbieten können, und dann können wir das gemeinsam auch schaffen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Fechler, Sie bemängeln eine Ideologisierung der Diskussion, aber Sie selber treiben diese doch massiv voran, diese Ideologisierung. Sie behaupten einfach, der Hort ist für das Bildungsbürgertum. Das ist doch reine Ideologie, sonst gar nichts. Da geht es gar nicht mehr um die Sache, da geht es nur noch um die Ideologie. Das kann doch nicht wahr sein. Und Sie, Herr Bauer, Sie haben zugegeben, dass die Betreuung in der Ganztagschule schlechter ist als im Hort, und trotzdem wollen Sie es haben. Sie wollen die Ganztagschule durchsetzen, damit alle schlecht betreut sind. Das ist das, was Sie anstreben. Denn man muss doch gucken, die Horte leisten einfach viel bessere Arbeit als die Ganztagschule, wenn es darum geht, die Kinder zu fördern und zu betreuen. Und sie sind wirklich nicht teuer. Die Beiträge für die Horte sind wirklich nicht hoch.

(Zurufe)

- Nein, weil Sie behaupten, das ist nur was für Besserverdienende, wenn Sie sich anschauen, was das kostet und was man dafür bekommt, das kann sich doch wirklich fast jeder leisten. Also dann zu behaupten, das wäre nur was für Besserverdienende oder für das Bildungsbürgertum, das lenkt total von der tatsächlichen Situation ab, dass wir die Horte einfach haben, und wir haben auch die Gebäude und die Zimmer und die ganze Infrastruktur dafür, und die Ganztagschulen haben wir einfach noch nicht. Sie kosten uns 31 Millionen Euro, in einer Phase, wo wir 80 Millionen jedes Jahr einsparen müssen. Vor dem Hintergrund ist das, was Sie wollen, so bestimmt nicht zu erreichen.

Wir werden jetzt mit Ihrer Mehrheit das Ganze beschließen, gegen die Mehrheit der Konservativeren hier im Raum. Und am Ende werden wir einsehen, dass es gar nicht zu bezahlen ist. Und dann müssen wir trotzdem in den Alpen notlanden.

Stadtrat Cramer (KAL): Ich habe in den vergangenen Jahren, als ich Mitglied im Schulbeirat war, immer für die Horte mich ausgesprochen. Ich habe es damals schon nicht für richtig gehalten, der Weg, der hauptsächlich von den GRÜNEN und der SPD gegangen wurde, und jetzt auch offensichtlich mit Erfolg, hier eine Mehrheit bekommen wird. Ich sehe das auch so, dass es letztendlich sehr ideologisch geprägt ist. Ich sehe, dass Sie im Moment überhaupt nicht auf die Eltern und die Kinder schauen, die in guten Strukturen, in perfekten Strukturen in den bestehenden Horten unterkommen, die Kinder, und die Eltern natürlich mit dem, was die Eltern wollen.

Wenn ich jetzt mir die Frühlingsstraße angucke, wenn ich mir den Hort in der Schützenstraße in der Uhlandschule anschau, das soll jetzt alles relativ rasch praktisch geschlossen werden. Das ist das, was bei den Eltern ankommt. Das ist das, was bei mir ankommt, und das kann ich so nicht mittragen. Herr Bauer, das sind alles so theoretische, pädagogisch-theoretische, politisch-theoretische Ansichten, die Sie hier vorgetragen haben. Und dann gehen Sie auch noch in die Persönlichkeit gegen Mitglieder der CDU-Fraktion. Das muss ich ehrlich sagen, das verstehe ich so nicht. Also ich werde dem Antrag der CDU heute so zustimmen, weil ich glaube, wir müssen mehr für die jetzige Situation tun, für die Übergänge tun in den jetzigen Horten. Und deswegen werde ich dem Antrag der CDU so zustimmen.

Stadträtin Geißinger (Volt): Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber wir hatten uns einmal geschworen, faktenbasierte Politik zu machen. Das ist nicht immer einfach, aber ich werfe jetzt eine Zahl in den Raum. 13 Prozent der Kinder an den acht Ganztageschulen, die auch Horte haben, bekommen Zuschüsse, wenn sie im Hort sind, 27 Prozent, wenn sie in der Ganztageschule sind. Das ist die Zahl, die man sich anschauen muss. Wir diskutieren hier seit, ich weiß nicht wie vielen Minuten über acht Horte. Die Diskussion ist richtig und wichtig, das möchte ich an der Stelle auch sagen. Aber wir reden hier eigentlich nur von 8, von wie viel waren es, 44 Schulen, die es tatsächlich betrifft. Wir reden davon, dass die Zahlen uns ganz klar zeigen, wie das Schulamt uns letzte Woche gezeigt hat, dass es einfach doch so ist, dass wir aktuell ein paar Menschen eine sehr gute Betreuung zukommen lassen. Unser Ziel müsste es doch eigentlich sein, allen eine sehr gute Betreuung zukommen zu lassen.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich zu ein paar Punkten vielleicht noch was ergänzen. Und vielleicht können wir die eine oder andere Brücke dadurch bauen. Erst einmal finde ich es gut, wenn ich sage, wir fliegen nach Rom, Sie alle mitfliegen. Ein paar würden gerne mit dem Bus fahren, auch okay. Wenn das Kerosin nicht reicht bis Rom, machen wir eine

Zwischenlandung in Innsbruck. Vielleicht reicht es auch noch bis Milano, und da brauchen wir keine Notlandung, weil wir wissen, wie viel Kerosin wir geladen haben. Dafür erst einmal vielen Dank. Ich habe sehr viel grundsätzliche Zustimmung für unser Gesamtkonzept Variante 1 jetzt hier wahrgenommen.

Dennoch ist es wichtig, und da komme ich zum zweiten Punkt, und da haben Sie, Frau Meier-Augenstein, das Entscheidende gesagt, die Horte sind ein Ort der Jugendhilfe. Und Jugendhilfe hat mit Tagesbetreuung nichts zu tun, außer dass ich sie ganztags machen muss, damit ich die Jugend überhaupt da habe, um ihr zu helfen. Und dass es in Karlsruhe so eine erfolgreiche Hortlandschaft gibt, liegt an der Schläue der Karlsruher Politik, dass sie nämlich erkannt hat, wenn die Landesregierung sich so lange Zeit nimmt, sich mit Ganztagschulen zu beschäftigen, wir aber diese brauchen, dann sozusagen münzen wir die Horte halt in Ganztagsbetreuungen um. Jetzt haben wir aber die Chance, Ganztagschulen einzurichten, und dann müssen wir die Horte wieder auf das zurückführen, was sie sind, nämlich für Kinder, die eine besondere pädagogische Herausforderung mit sich bringen. Ich kenne das selber. Mein Jüngster hätte die Grundschule nie überstanden, wenn es nicht den Hort gegeben hätte. Wir hätten uns jeden Nachmittag wegen der Hausaufgaben geprügelt, es hätte nichts gebracht. Er hätte den Schulabschluss nicht gemacht. Das war damals ein Grund mit entsprechender Unterstützung durch die entsprechenden Fachleute, dass ich überhaupt einen Hortplatz gekriegt habe. Ich hätte damals nicht kommen können und sagen, na ja, wir sind beide berufstätig, wir brauchen halt einen Hortplatz. Die hätten mir was gepfiffen. Insofern müssen wir an der Stelle einfach akzeptieren, dass wir ein sehr erfolgreiches System geschaffen haben, um einen Bedarf für Kinder und Eltern zu erfüllen, das aber eigentlich ein Stück weit zu dem ursprünglichen System von der Zielsetzung gar nicht gepasst hat.

Jetzt fordert doch hier kein Mensch, dass es in der zukünftigen Ganztagschule pädagogisch niedriger zugehen soll als bei den Horten. Deswegen wollen wir dieses Konzept verabschieden. Wir werden an jeder Stelle, wo wir diesen Ganztagsbetrieb einführen, sicherstellen müssen, dass die Qualität von den Eltern akzeptiert wird. Ich kann Ihnen heute schon zusagen, wir haben das gerade auch schon mal abgestimmt, jede Schließung eines Hortes kommt noch einmal in dieses Gremium. Und dann können Sie sich diese Diskussion nämlich noch einmal geben, ist das Angebot, was an der Schule ist, passend, um es entsprechend dann überhaupt so möglich zu machen. Es geht um eine grundsätzliche strategische Weichenstellung, dass wir die Horte wieder auf das zurückführen müssen, was sie originär sind.

Jetzt reden wir doch mal Tacheles. Viele Eltern halten an den Horten fest, weil sie dort eine viel größere Flexibilität vorfinden als in der Ganztagschule. Es geht doch eigentlich um was ganz anderes als darum, ob da jetzt ein bisschen mehr oder weniger Qualität ist, beziehungsweise anders formuliert, für die Eltern ist diese Flexibilität eine hohe Qualität. Und das ist aber nicht das, womit ich ein vernünftiges Ganztagschulkonzept machen kann, das die Ziele erfüllen soll, die ein Ganztagschulkonzept erfüllen soll. Deswegen hat es an der Stelle eine Weichenstellung, die wir uns nicht leisten können, heute in irgendeiner Weise zu verwässern. Wir können dann über jeden einzelnen Standort noch mal diskutieren. Ehrlich gesagt, es sind nicht mehr so viele. Und wir können auch darüber diskutieren, was müssen die Elternbeiträge sein. Das muss alles noch durch die Gremien hier, aber ich muss grundsätzlich erst einmal wissen, fahre ich nach Rom, und können wir uns auf den Weg machen. Und dann können wir an jeder Zwischenetappe gerne die konkreten

Entscheidungen, die wir heute noch gar nicht treffen, die können wir dann noch einmal miteinander diskutieren. Aber jetzt unter dem Vorwand, die Räume sind vielleicht noch nicht fertig, oder unter dem Vorwand, ihr findet doch eh kein Personal, hier im Grunde den Eltern eine Art Sicherheitsgarantie für die Horte zu geben, bloß damit die Flexibilität erhalten bleibt, die von einer Ganztags schulbetreuung. Im Übrigen sind Horte auch früher nicht so flexibel gewesen, also ich kenne das ehrlich gesagt gar nicht, ich musste mich damals festlegen, ob ich einen Hortplatz nehme oder nicht, da konnte ich nicht nachmittagsweise entscheiden, wie ich gerade lustig bin, weil das wiederum mit der Jugendhilfe nichts zu tun gehabt hätte. Ich mache doch keine Jugendhilfeeinrichtung nach Belieben.

Also von daher gucken wir uns die Vergangenheit an, klopfen uns auf die Schulter, dass die Stadt Karlsruhe das super hingekriegt hat, auch ohne Ganztags schulförderung. Lassen Sie uns jetzt die richtigen Weichen in die richtige Richtung stellen. Und dann bitte bei jedem konkreten Einzelfall können wir gerne hier noch einmal alles rauf und runter diskutieren. Aber dann wissen wir wenigstens, dass wir alle an dasselbe Ziel wollen und dass wir auch bereit sind, auf dem Weg zum Ziel bestimmte Dinge auch hinter uns zu lassen, die aus einer anderen Zeit kommen, und die vor allem nicht das Ziel erreichen, was wir eigentlich erreichen wollen, nämlich Bildungsgerechtigkeit für alle. Und das hat nichts mit Migration und hin und her zu tun. Es gibt genauso viele Kinder, die können sich vor Geld kaum retten und sind umtüddelt von morgens bis abends, und denen täte gerade deswegen der Ganztags schulbetrieb saugut. Alle Eltern, die das nicht wollen, haben nach wie vor die Möglichkeit, auf Ganztagschule zu verzichten. Also auch diese Zwangsbeglückungsidee ist doch einfach völlig an der noch bestehenden Realität vorbei. Ich könnte mir auch ein anderes System vorstellen, aber da diskutieren wir dann zu anderer Zeit drüber. Okay, das gebe ich offen zu.

Gut, jetzt kommen wir in die Abarbeitung der verschiedenen Anträge. Ich finde nach wie vor, Herr Stadtrat Hofmann, Sie haben mir so oft zugnickt, dass einer der beiden Anträge eigentlich überflüssig ist. Wenn Sie das nicht so sehen, stelle ich ihn zur Abstimmung. Jetzt gucke ich mal nach der Reihenfolge. Genau, der erste Änderungsantrag macht diese Geschichte mit dem Prozess und Ziel. Da haben wir uns auf Rom festgelegt. Von daher bräuchten wir den, glaube ich, eigentlich gar nicht mehr zu stellen. Sie haben ihn mit dieser Hortgeschichte begründet, die Sie aber in einem weiteren Änderungsantrag sowieso einführen. Insofern verstehe ich an der Stelle diesen Konnex nicht so ganz. Okay, dann lassen wir den ersten schon mal weg.

Dann kommt der zweite Änderungsantrag der CDU. Da geht es darum, dass wir die Hortstruktur so lange aufrechterhalten bis und so weiter. Sie haben es formuliert.

Es gab einen Wunsch noch mal nach Unterbrechung. Wird der Wunsch noch aufrechterhalten? Okay, gut. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung, den Änderungsantrag Nummer 2 der CDU, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Der ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommt die Beschlussvorlage der Verwaltung, unverändert, die ich jetzt hier zur Abstimmung stelle, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Rom steht fest, Zwischenlandung diskutieren wir noch, und wir sind gemeinsam auf einem mehrheitlich guten Weg. Vielen Dank dafür, und vielen Dank noch einmal an die Fachverwaltung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
18. August 2025